

HEUTE
28.11.2016

Der Blattmacher empfiehlt



Christian Dorer

Natürlich stehen heute die Folgen des Neins zum raschen **Atom-Ausstieg** im Fokus. Als Leckerbissen jedoch empfehle ich Ihnen den Text unseres Autors Max Dohner zum Tod von Fidel Castro auf Seite 8: Dohner hat Kuba zwanzig Mal bereist, er hat eine Ansprache des Máximo Líder erlebt. Vor allem aber kennt Dohner **das Leid, das Castro seinem Volk angetan hat** – «jenen Unpolitischen, die Fidels Opfer wurden, zu Tausenden, Leute, die er «Würmer» nannte. Namenlose, die still zugrunde gingen im Lauf der Jahre, ohne Erschiessungs-Peloton, ohne Gefängnis und Folter.»

Frage des Tages

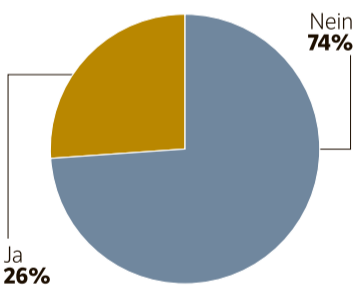
Das Schweizer Stimmvolk hat die Atomausstiegsinitiative abgelehnt. Ist die Energiewende 2050 überhaupt richtig?

Ja **Nein**

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch
www.bzbasel.ch
www.basellandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnertagblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch
www.oltnertagblatt.ch
«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Black Friday in der Schweiz: Haben Sie sich auch unter die Schnäppchenjäger gemischt?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Ein Maler aus England fällt in Farbkübel – sehr zur Freude seiner Kollegen.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Blitz-Kartoffelsuppe mit Wurstbällchen

Zutaten für 2 Personen
400 g Kartoffeln mehligkochend
100 g Rüebli
1 Zwiebel mittelgross
4 Tranchen Bratspeck
1 Teelöffel Bratbutter
8 dl Gemüsebouillon
2 Schweinsbratwürste
1 Esslöffel Öl
Salz, schwarzer Pfeffer aus der Mühle
etwas Muskatnuss frisch gerieben
1 Bund Schnittlauch

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken. SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo
www.wildeisen.ch/suche/rezepte

Atomausstieg

Das Nein zur Initiative war erst der Auftakt

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht

Gegner und Befürworter der Energiestrategie bringen sich in Stellung für den nächsten Abstimmungskampf

VON ANTONIO FUMAGALLI UND DORIS KLECK

Manchmal ist Politik eine verwirliche Angelegenheit. Zum Beispiel, wenn es darum geht, ein Abstimmungsergebnis zu deuten: «Die Bevölkerung will aus der Atomenergie aussteigen – einfach nicht so schnell, wie es die Initiative vorsah», sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (CVP, SO). «Das Verdikt ist klar: Das Volk will nicht aus der Atomenergie aussteigen», sagt Christian Wasserfallen (FDP, BE).

Haben die beiden Politiker eine andere Abstimmung verfolgt? Natürlich nicht. Die Schweizer Bevölkerung hat gestern die Atomausstiegsinitiative der Grünen abgelehnt. Das Ergebnis ist deutlicher, als es die Umfragen im Vorfeld vermuten liessen, 54,2 Prozent der Stimmenden sagten Nein. Die Vorlage spaltete die Schweiz entlang dem Röstigraben (siehe Grafik rechts).

Damit ist klar: Wann die Schweizer Atomkraftwerke vom Netz gehen, bleibt weiterhin offen. Einzig die Betreiber des AKW Mühleberg haben 2013 beschlossen, ihr Werk 2019 ausser Betrieb zu nehmen. Die anderen dürfen so lange weiterlaufen, wie sie sicher sind.

Diese Argumente verfinden

Bei der Frage nach den Gründen der Ablehnung sind sich Befürworter und Gegner der Vorlage ungewohnt einig. Insbesondere zwei Themenfelder dürften ausschlaggebend gewesen sein: Die Sicherheit der Stromversorgung und die Frage nach der Alternative bei einem schnellen Abschalten der drei ältesten AKW. «Die Stimmbevölkerung hat verstanden, dass zusätzlicher Import von Kohle- oder Atomstrom aus dem Ausland gerade in klimapolitischer Hinsicht keine sinnvolle Lösung ist», sagt Economie-suisse-Präsident Heinz Karrer.

Auch für SP-Mann Eric Nussbaumer haben diese Argumente verfangen – er klassiert sie jedoch als «Märchen». Partei-

KOMMENTAR

Die Verlierer als heimliche Sieger

Ein Zitterspiel war erwartet worden, ein deutliches Votum resultierte – die Bevölkerung will nichts wissen von einem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Das ist ein Sieg für den Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments, es ist aber



von Antonio Fumagalli

auch ein Vertrauensbeweis für die AKW-Betreiber und insbesondere die Atomaufsichtsbehörde. Denn die Atomkraft hat nur so lange Rückhalt in der Bevölkerung, wie das Primat der Sicherheit erfüllt ist.

Paradoxerweise sieht sich nach dem gestrigen Votum niemand als Verlierer, auch die Unterlegenen nicht. Sie wissen: Nach der Schlacht ist vor der Schlacht. Bereits im kommenden Frühling äussert sich das Stimmvolk (voraussichtlich) erneut zum Atom-

ausstieg, dannzumal im Rahmen des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050. Dieses verbietet den Bau neuer AKW.

Der Verweis auf dieses bereits geschnürte Gesetzespaket war eines der stärksten Pferde im Stall der Initiativgegner. Auch wenn das Parlament die beiden Vorlagen faktisch voneinander getrennt hatte, wurde die Energiestrategie im Abstimmungskampf als echte Alternative, als gangbarer Weg hin zu einem nachhaltigeren Energieland Schweiz, präsentiert. Das nahm Linken und Grünen in wohl matchentscheidendem Ausmass Wind aus den Segeln. Ihre Zuversicht ist dennoch verständlich, ist doch davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Atomausstieg durchaus will – einfach nicht im von der Initiative geforderten Tempo und mit den damit verbundenen Unsicherheiten. In ein paar Monaten wissen wir es abschliessend.

@ antonio.fumagalli@azmedien.ch

3

Hauptfeiler hat das erste Massnahmenpaket der **Energiestrategie 2050**: Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die Förderung von erneuerbaren Energien und der Atomausstieg. Im Gegensatz zur gestern verworfenen Initiative sieht die Energiestrategie aber keine fixen Laufzeiten für die Schweizer AKW vor, sondern das Verbot neuer Rahmenbewilligungen.

kollege Beat Jans weibelt mit dem Argument seiner Kontrahenten für eine bislang chancenlose Forderung – eine Abgabe auf «Dreckstrom» aus dem Ausland: «Dass sich die Mehrheit des Parlaments Sorgen um das Klima macht, ist neu. Ich erinnere die Bürgerlichen gerne daran, wenn wir das neue CO₂-Gesetz beraten.»

«Auftrag für Energiestrategie»

Auch wenn der schnelle Atomausstieg nun vom Tisch ist – das Thema ist es nicht. Denn der Atomausstieg ist zentraler Bestandteil des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050, wenn auch ohne fixes Abschaltdatum. Sofern das Referendum der SVP zustande kommt, wird darüber bereits im nächsten Jahr abgestimmt. Je nach persönlicher Positionierung – Müller-Altermatt ist für, Wasserfallen gegen die Vorlage – fällt die Antwort auf die Frage, was das gestrige Ergebnis für die Energiestrategie heisst, unterschiedlich aus.

Für die Grünen ist die Zustimmung von über 45 Prozent «ein klarer Auftrag, dass wir auf unserem Weg weitergehen und für die Energiestrategie 2050 kämpfen», sagt Präsidentin Regula Rytz. Sie sieht im vergangenen Abstimmungskampf eine «Vorkampagne» für die Energiestrategie. SP-Nationalrat Nussbaumer interpretiert das Resultat als Votum für die Energiestrategie; diese habe wie ein indirekter Gegenvorschlag im Raum gestanden. Weil eine deutliche Mehrheit des Parlaments und der Bundesrat hinter der Vorlage stehen, sei die Ausgangslage «ganz anders als bei der Atomausstiegsinitiative».

CVP-Mann Stefan Müller-Altermatt geht gar noch weiter und fordert die SVP auf, ihr Referendum zurückzuziehen. Doch daran denkt die grösste Partei des Landes nicht im Traum: «Das ist kein Thema, so eine Forderung ist absurd», sagt Nationalrat Christian Imark (SVP, SO). Das deutliche Nein zur Initiative gebe dem Referendum «eher noch Rückenwind», man dürfe es aber auch nicht überinterpretieren. Denn im Abstimmungskampf werden die Kosten der Energiewende das Hauptargument sein. Die SVP wird argumentieren, dass eine Durchschnittsfamilie zusätzlich 3200 Franken pro Jahr berappen muss – wobei die Partei den zweiten, noch gar nicht beschlossenen Teil der Energiestrategie mit einbezieht.

Muss der Staat eingreifen?

Die Betreiber der Schweizer AKW zeigten sich ihrerseits erleichtert über das Abstimmungsergebnis. An der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sie sich aufgrund der europaweit tiefen Strompreise derzeit befinden, ändert es freilich nichts. Die linken Parteien rechnen deshalb damit, dass diese schon bald staatliche Unterstützung brauchen. «Die AKW-Betreiber werden auf den Knien kommen, und um Geld bitten», sagt SP-Nationalrat Nussbaumer. Er fordert, dass sich Politik und Wirtschaft gemeinsam an den Tisch setzen.

Ähnlich SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Er will eine Lösung finden, um das Schlimmste für den Steuerzahler zu verhindern. Wenn man zu lange zuwartet, werde die Rechnung für den Staat immer grösser. Bedingung für Gespräche sei jedoch, dass Beznau stillgelegt werde. FDP-Nationalrat Wasserfallen erteilt solchen Planspielen eine Absage: «Die Werke gehören den Kantonen, sie müssen die Probleme lösen. Es ist nicht am Bund, in voreilem Gehorsam die Eigner aus der Verantwortung zu holen.»



Die AKW-Da

Die Däniker sind erleichtert. Die Schweizer wollen die Laufzeit der Atomkraftwerke nicht beschränken. Ein Besuch im kleinen Dorf mit dem grossen Kühlturm.

VON ALINE WÜST

In Gummistiefeln steht Andreas Knobel (59) vor seinem Haus in Däniken. Es ist Sonntagmorgen, 13.34 Uhr und bereits klar: Die Schweizer haben die Atomausstiegsinitiative abgelehnt. Das Atomkraftwerk Gösgen, dessen Kühlturm er durch die Büsche vor seinem Haus sieht, wird 2024 nicht vom Netz genommen. «Ein bisschen Hoffnungen hatte ich schon», sagt Knobel. Klar sei er nun enttäuscht. Als Grüner in Däniken ist er Niederlagen gewohnt.

Er streift die Gummistiefel ab, geht ins Wohnzimmer. Hier sitzt eine alte, blinde Katze neben einem Stückholz-Kachelofen. Eine Kaffeemaschine gibt es nicht in der Küche, die Fenster sind mit Kork isoliert – um Energie zu sparen. Es sei eine vertane Chance, dass die Initiative abgelehnt wurde, sagt der Informatiker und ETH-Dozent. Er rührt Zucker in seinen Schwarztee, sagt: «Nun können wir wieder bloss auf kommende Situationen reagieren, statt den Ausstieg zu planen.»



Der Grüne und Umweltaktivist Andreas Knobel



«Die Energiestrategie ist breit abgestützt»

Bundesrätin Doris Leuthard ist erleichtert über den Volksentscheid und sieht den Kurs von Bundesrat und Parlament gestärkt

Frau Bundesrätin, noch vor ein paar Wochen waren laut Umfragen knapp 60 Prozent der Stimmbevölkerung für die Atomausstiegsinitiative, nun haben 54 Prozent Nein gesagt. Was ist passiert?
Doris Leuthard: Ehrlich gesagt, haben mich diese Umfragen auch ein wenig nervös gemacht. Ich glaube, man muss einmal deren Qualität hinterfragen. In der Tendenz nimmt die Zustimmung zu Initiativen gegen Schluss ab, wenn sich die Leute stärker mit dem Inhalt befassen haben und abwägen, was dafür oder dagegen spricht. Das hat uns wohl geholfen.

des Bundesrates und des Parlaments ist breit abgestützt.

Die Gegner der Energiestrategie werden das anders sehen. Sie werden sagen, das Volk ist gar nicht gegen die Atomenergie. Ist die Initiative der Grünen nicht sogar ein Eigentor?
Wir haben eine Demokratie, da muss man mit Initiativen und Referenden rechnen. Ich hätte es gescheiter gefunden, wenn wir nur über die Energiestrategie abgestimmt hätten und nicht zweimal über ein ähnliches Sujet. Die Gegner der Energiestrategie werden nun wohl hauptsächlich mit ökonomischen Argumenten punkten wollen. Doch wenn der Freisinn nicht umschwenkt, sind die Befürworter der Energiestrategie sehr breit aufgestellt. Auch die Kantone stehen hinter der Strategie von Bundesrat und Parlament.

Wie zufrieden sind Sie mit dem Resultat?

Ich bin vor allem erleichtert. Ein Ja hätte uns vor grosse Probleme gestellt bezüglich Netzstabilität, Entschädigungsforderungen und des Imports von Energie.

Bei anderen Abstimmungen über die Atomenergie 1984 und 1990 war der Nein-Stimmen-Anteil etwa gleich hoch wie gestern. Gab es keinen Fukushima-Effekt?

Die Energiestrategie hat die Ausgangslage verändert. Der grosse Schritt war, dass sich Bundesrat und Parlament dazu bekannt haben, keine neuen Atomkraftwerke zu bauen. Das hat die Stimmbürger überzeugt: Wir nehmen nächstes Jahr nicht voreilig drei Kernkraftwerke vom Netz und gehen damit Risiken ein. Der Weg stimmt, doch es braucht Zeit, um die erneuerbaren Energien aufzubauen.

Heute gab es deutliche Stimmen von der FDP, das Volk wolle den Atomausstieg nicht. Haben Sie nicht Angst, dass die FDP umschwenkt?

Diese Stimme ist wohl Christian Wasserfallen. Er war schon immer ein Gegner der Energiestrategie, das darf er sein. Er ist ein Nuklearbefürworter, das darf er sein. Aber im Parlament waren die Gegner der Energiestrategie innerhalb der FDP eine kleine Minderheit. Ich gehe davon aus, dass die Parteipräsidentin und der Fraktionspräsident ihre Truppe im Griff haben.

46 Prozent der Stimmbevölkerung haben für den sofortigen Ausstieg gestimmt. Sicherheitsbedenken waren ein wichtiges Ja-Argument. Wie wollen Sie das Vertrauen verbessern?

Ich glaube, das Gegenteil trifft zu: Das Nein zur Initiative ist auch ein Ja zum Vertrauen in die heutige Aufsicht und in die Sicherheit. Wir konnten überzeugend darlegen, dass die Atomaufsichtsbehörde Ensi eine gute Arbeit macht, dass sie bereits bei leichten Bedenken einschreitet.

AUFGEZEICHNET VON DORIS KLECK

Dampfvolke ist auch Heimat

Früher an diesem Nachmittag. René Koch und Roland Marrer stehen vor dem Gemeindehaus in Däniken. Die beiden sind vom Wahlbüro, die Stimmen haben sie fertig ausgezählt. In Däniken ist die Sache klar: 87 Prozent wollen keine Laufzeitbeschränkung.

Die Stimmbeteiligung war mit 55 Prozent so hoch wie selten zuvor. Doch die 2740 Einwohner von Däniken sind nicht repräsentativ: Rund 4,5 Millionen Franken zahlt das Kernkraftwerk jährlich an Steuergeldern. Der Steuerfuss ist mit 77 Prozent rekordtief im Kanton Solothurn.

Die Initiativgegner strahlen

Eben darum sagen die beiden Männer: «Ein bisschen angespannt sind wir schon.» Sie mögen das Atomkraftwerk. Dank dem Kühlturm wüssten sie sogar, wenn sie auf dem Pilatus stehen, stets, wo sie zu Hause sind: Genau da, wo ihre Wolke aus dem Nebelmeer ragt. In diesem Moment kommen die ersten Resultate der Abstimmung – die beiden Männer strahlen.

Strahlen soll bald auch die Weihnachtsbeleuchtung von Esther Jaeggi und Tochter Sarah Fernandez. Gerade befestigen die beiden Frauen die feinen Lämpchen am Zaun vor ihrem Haus. Klar hätten sie gegen die Laufzeitbeschränkung für Atomkraftwerke gestimmt, sagen die beiden. Denn das Atomkraftwerk gehöre eben zu Däniken. Traurig wäre trotzdem niemand, wenn es abgestellt würde, sagt

Fernandez. Ihre Mutter erzählt noch, dass die Dampfvolke ihr Wetterprophet sei. Steige sie senkrecht, könne die Wäsche rausgehängt werden.

Auch das Restaurant Rebstock ist weihnachtlich dekoriert. Drinnen sind fast alle Tische besetzt. Ein älteres Ehepaar hat je ein grosses Cordon bleu vor sich auf dem Teller. Hinten in der Küche hört man Wirt Mehmet Sengül hantieren. Sehr gut findet er es, dass die Initiative abgelehnt wurde. «Viele Leute hier im Dorf leben vom Atomkraftwerk.» Das ältere Ehepaar ist fertig mit dem Zmittag. Sie lassen sich den Rest ihrer Cordons bleus einpacken, nehmen ihn mit nach Hause ins Nachbarort Oberbögen. Die Dampfvolke verdecke ihnen oft die Sonne, sagt die Seniorin. Das bleibe dann wohl auch noch länger so. «Was will man machen?»

Bei der SVP geht das Sünneli bekanntlich immer auf. Und so hatte das trübe Wetter auch gestern keinen Einfluss auf die gute Stimmung von Walter Gurtner (64). Der Däniker Gemeinderat und langjährige SVP-Kantonsrat ist der vielleicht grösste Fan des Kernkraftwerks. Dementsprechend froh ist er, dass die Initiative abgelehnt wurde. «Man weiss nie, wie die Stimmung im Volk wirklich ist.» Nun steht er da, schaut zum Kühlturm und sagt: «Ich finde ihn schön.» Gurtner preist die Sicherheit

des Atomkraftwerks und erwähnt die vielen gut verdienenden Ingenieure, die in der Gegend wohnen. Dann zeigt er wieder aufs Atomkraftwerk: «Schauen Sie doch mal, wie friedlich dieser Anblick ist. Ich weiss nicht, was andere daran bedrohlich finden.» Das Wasser rauscht im Kühlturm. Daneben das eigentliche Kraftwerk mit dem Nasslager, wo die radioaktiven Brennstäbe abkühlen, bevor sie wegtransportiert werden.

Gurtner sagt, dass Däniken ein Schlafdorf sei. Das bisherige Highlight in der Geschichte des Ortes sei doch der Bau dieses Atomkraftwerkes. Und wer hier im Dorf von den tiefen Steuern profitiere und dann doch gegen das Kraftwerk kämpfe, der solle «bissguet wegziehen».

Zu spät realisiert

Der Grüne Andreas Knobel hat nicht vor, wegzuziehen. Zugezogen ist er zufällig. Vor 16 Jahren kam er mit seiner Frau aus Japan zurück in die Schweiz. Das Haus hat ihm seine Schwester gesucht. Dass hier ein Atomkraftwerk steht, realisierte er zu spät. Wenn etwas passiere, nütze es ihm jedoch auch nichts, wenn er in Olten oder Aarau wohnen würde. Knobel ist sich sicher, dass er erleben wird, wie dieses Atomkraftwerk abgestellt wird. Dann könnte man einen riesigen Blumentopf aus dem Kühlturm machen.



Knobel hat für die Initiative gekämpft.



Der SVP-Gemeinderat Walter Gurtner war Initiativgegner

FOTOS: ROLAND SCHMID

So hat die Schweiz gestimmt

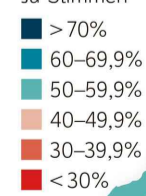
Die Romands sind atomkritischer

54,2 Prozent der Stimmbevölkerung will die Laufzeit von Atomkraftwerken nicht befristet. Das Resultat fiel deutlicher aus, als die Umfragen im Vorfeld annehmen liessen. Deutlich gescheitert ist das Volksbegehren der Grünen zudem am Ständemehr: Nur die beiden Basel, die Waadt, Neuenburg, Genf und Jura sagten Ja. Dieser Röstigraben bestätigt einen alten Befund. Die Romands sind zwar gegenüber grünen Anliegen in der Regel kritischer eingestellt als ihre Mitbürger in der Deutschschweiz. Nicht so aber beim Thema Atom. Drei von sechs früheren Anti-AKW-Initiativen sind im französischsprachigen Sprachgebiet angenommen worden,

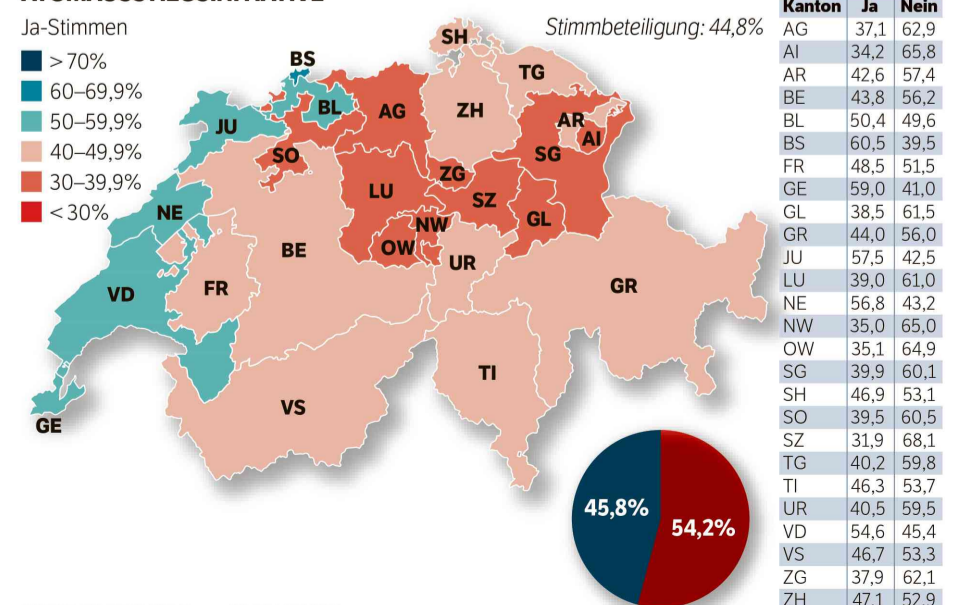
im Tessin sogar vier. Auch dieses Mal sagten die Westschweizer Kantone mehrheitlich Ja. Im Tessin jedoch fiel die Initiative mit 53,7 Prozent durch. Die AKW-Kantone lehnten das Volksbegehren allesamt ab. Solothurn und der Aargau mit einem Nein-Anteil von 60,5 respektive 62,9 Prozent sehr deutlich, Bern lag mit 56,2 Prozent ebenfalls über dem nationalen Durchschnitt. Am klarsten fiel die Ablehnung in den bürgerlichen Bastionen in der Zentralschweiz aus. Im Kanton Schwyz sagten 68,1 Prozent Nein – es war das deutlichste Nein, gefolgt von Appenzell Innerrhodens mit 66 Prozent. Die höchste Zustimmung erreichte die Initiative in Genf. (SDA/DK)

ATOMAUSSTIEGSINITIATIVE

Ja-Stimmen



Stimmbeteiligung: 44,8%



QUELLE: BUNDESKANZLEI

GRAFIK: NCH/SSA